

CDU Gemeinderatsfraktion, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe



12.11.2021

DOPPELHAUSHALT

2022/2023

Antrag zum Thema

Veräußerung des Anteils am Seehof-Areal

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶	▶				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2022	2023	2024	2025	2026
☐ Stellenschaffung/-reduzierung					
☐ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
☐ Sperrvermerk					
☐ Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
☒ Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
Es wird eine Gesellschafteranweisung an die AVG beantragt, die das Ziel verfolgt, das Grundstück am Areal Seehof gegen Höchstgebot zu verkaufen. Der Erlös soll allein dafür genutzt werden, um das Defizit in der KVVH zu reduzieren.					

 Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

 Sachverhalt | Begründung

Im Ergebnishaushalt verzeichnet Karlsruhe ein strukturelles Defizit, das sich insbesondere und zunehmend im Bereich Verkehr niederschlägt. Eine Möglichkeit, das Defizit in den kommenden Jahren zu reduzieren, bietet sich in der Veräußerung des Grundstücks am Areal Seehof, das der AVG untersteht. In der Vergangenheit wurden Möglichkeiten abgewogen, das gesamte Areal gemeinsam mit der Stadt Ettlingen zu einem Interkommunalen Gewerbegebiet weiterzuentwickeln. Mittlerweile hat sich wider Erwarten durch eine Wirtschaftlichkeitsanalyse durch die Firma Thost ergeben, dass die Einnahmen beim Verkauf eines entwickelten Gewerbegebiets allenfalls und zwar nur im „Best Case“ so hoch liegen wie der bloße Grundstückswert, der mit 2.321.000 Euro beziffert wird. Die Unwirtschaftlichkeit der Ertüchtigung gründet darauf, dass mit der Entwicklung zum Interkommunalen Gewerbegebiet erhebliche Entsorgungs- und Umlagerungskosten von Altablagerungen von bis zu 5.000.000 Euro entstehen.

Von diesem Analyseergebnis lässt sich die CDU-Fraktion überzeugen und erkennt das Potential, das in einem Verkauf liegt, um den Zuschuss aus dem Kämmereihaushalt an die KVVH für ein oder zwei Jahre zu senken. Daher beantragt die CDU-Fraktion eine Gesellschafteranweisung an die AVG mit dem Ziel, das Grundstück gegen Höchstgebot zu verkaufen. Der Erlös soll allein dafür genutzt werden, um das Defizit in der KVVH zu reduzieren.

Unterzeichnet von:

Stadtrat Thorsten Ehlgötz

Stadtrat Tilman Pfannkuch

Stadträtin Bettina Meier-Augenstein

Stadtrat Sven Maier

sowie CDU-Gemeinderatsfraktion